

Mediengesteuerte Emotionalisierung und politische Ziele: Eine kritische Analyse der Fälle Fernandes-Ulmen, Potsdam-Konferenz und Chemnitz-Protteste

Diese umfassende Analyse untersucht drei zentrale Fälle der deutschen Medienlandschaft und deren Verbindungen zu NGO-Aktivitäten sowie Fragen der gezielten emotionalen Mobilisierung für politische Ziele. Die Fälle des Deepfake-Vorwurfs gegen Christian Ulmen, der Correctiv-Berichterstattung zur Potsdam-Konferenz von 2023 und der Chemnitz-Protteste von 2018 zeigen komplexe Muster der Medienberichterstattung, bei denen Emotionalisierung, Verifikation von Fakten und die Verfolgung politischer Agenden eng verwoben sind. Durch die Untersuchung von Medienberichten, NGO-Beteiligung und verfügbaren Dokumentationen werden Mechanismen sichtbar, die aufzeigen, wie politische Narrative konstruiert, verstärkt und zur Mobilisierung von Bürgerbeteiligung genutzt werden. Die vorliegende Studie zielt darauf ab, die Verantwortlichkeiten verschiedener Akteure zu beleuchten und die kritischen Fragen zu beantworten, die sich aus diesen drei paradigmatischen Fällen ergeben.

Methodologische Grundlagen und konzeptionelle Rahmenbedingungen

Die Analyse dieser drei Fälle erfordert einen differenzierten methodologischen Zugang, der verschiedene Akteure und deren Rollen in der Konstruktion und Verbreitung von politischen Narrativen berücksichtigt. Die moderne Informationsgesellschaft wird geprägt durch ein komplexes Gefüge von Medienorganisationen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, staatlichen Institutionen und technologischen Plattformen, die alle zur Gestaltung der öffentlichen Meinung beitragen¹. Bei der Untersuchung von Mediengestaltung und emotionaler Mobilisierung ist es essentiell, zwischen verschiedenen analytischen Ebenen zu unterscheiden: der individuellen journalistischen Entscheidung, der institutionellen Medienkultur, der strategischen Kommunikation durch verschiedene Akteure und der systemischen Dynamik von Aufmerksamkeitsökonomien³.

Der Begriff der "Emotionalisierung" in der Medienberichterstattung bezieht sich nicht automatisch auf illegale oder unethische Praktiken. Vielmehr ist Emotionalisierung ein strukturelles Merkmal moderner Nachrichtenberichterstattung, das durch multiple Faktoren getrieben wird: die Notwendigkeit, Aufmerksamkeit in übersättigten Informationsmärkten zu erringen; die narrative Struktur von Nachrichten, die dramatische Spannungen bevorzugt; und die technologischen Algorithmen sozialer Medien, die emotional resonante Inhalte bevorzugt verbreiten⁴. Die kritische Frage besteht daher nicht darin, ob Emotionalisierung stattfindet, sondern vielmehr: auf Grundlage welcher Informationen erfolgt diese Emotionalisierung, wer profitiert davon, und werden dabei grundlegende journalistische Standards gewahrt?

Die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an diesen Prozessen stellt eine weitere analytische Dimension dar. NGOs spielen in modernen Demokratien eine wichtige Rolle bei der Artikulation von Bürgerbeteiligung, der Verfolgung politischer Ziele und der Mobilisierung

zivilgesellschaftlicher Kräfte⁶. Gleichzeitig können NGOs, besonders wenn sie strategisch von staatlichen Mitteln abhängig sind oder von großen Stiftungen finanziert werden, Teil von breiteren politischen Projekten werden, die ihre Unabhängigkeit und ihre Fähigkeit zur kritischen Reflexion beeinträchtigen können. Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass die deutsche Bundesregierung erhebliche Mittel zur Finanzierung von Advocacy-NGOs bereitstellt⁶, was Fragen über die Koordination zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufwirft.

Der Fall Fernandes-Ulmen: Deepfakes, digitale Gewalt und gesteuerte Mobilisierung

Die Geschichte der deutschen Fernsehmoderatorin Collien Fernandes, die Anfang 2026 öffentlich wurde, zeigt paradigmatische Merkmale von Medienmobilisierung um ein Thema, das sowohl genuine Besorgnis als auch strategische politische Opportunität darstellt. Nach Berichten der deutschen Medienlandschaft entdeckte Fernandes im Jahr 2026, dass hunderte Bilder mit künstlicher Intelligenz generierte pornographische Inhalte, die sie zeigen sollten, im Internet zirkulierten^{1 5}. Sie äußerte den Verdacht, dass ihr Exmann, der Schauspieler und Fernsehmoderator Christian Ulmen, diese Bilder über gefälschte Social-Media-Konten verbreitet haben könnte, die als ihre eigenen Konten getarnt waren¹.

Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel war das erste Medienunternehmen, das über den Fall berichtete¹, was zu einer unmittelbaren nationalen Empörung führte. Die Berichterstattung konzentrierte sich stark auf emotionale Aspekte des Falles und auf die Dimension der "digitalen Gewalt gegen Frauen"¹. Besonders bedeutsam ist, dass sich innerhalb kurzer Zeit eine Petition mobilisierte, die über 280.000 Unterschriften sammelte und Unterstützung für Fernandes sowie strengere Gesetze gegen sexualisierte Deepfakes forderte¹. Diese rasche Mobilisierung wirft Fragen darauf auf, wie schnell und effizient Petition-Plattformen in der Lage waren, eine massive öffentliche Bewegung zu organisieren, sowie wer die treibende Kraft hinter dieser Koordination war.

Die deutsche Bundesregierung reagierte auf die Empörung mit einer bemerkenswerten Geschwindigkeit, indem sie versprach, neue Gesetze zur Bestrafung der Erstellung und Verbreitung sexualisierter Deepfakes einzuführen¹. Justizministerin Stefanie Hubig kündigte an, dass ein Gesetzentwurf in fortgeschrittenem Stadium sei und sowohl die Erstellung als auch die Verbreitung solcher Materialien unter Straftat stellen würde¹⁷. Dies ist insofern interessant, als es zeigt, wie schnell legislative Prozesse in Gang gesetzt werden können, wenn ein Fall mediale Prominenz erlangt und öffentliche Empörung generiert.

Gleichzeitig sind wichtige Differenzierungen zu beachten. Die gegen Christian Ulmen erhobenen Vorwürfe waren in März 2026 noch nicht endgültig bewiesen. Die deutschen Staatsanwaltschaften hatten ein früheres Verfahren 2025 wegen unzureichender Informationen eingestellt¹, was darauf hindeutet, dass die Beweise nicht eindeutig waren. Die Wiederaufnahme der Ermittlungen wurde auf Grundlage der Spiegel-Berichterstattung beschlossen, nicht auf Grundlage von neuen, überzeugenden materiellen Beweisen¹. Dies wirft Fragen darauf auf, inwieweit die mediale Berichterstattung selbst ein Trigger für staatliche Handlung wurde, anstatt umgekehrt.

NGO-Beteiligung und Petition-Mobilisierung im Fall Fernandes

Die massive Petition, die 280.000 Unterzeichner mobilisierte, repräsentiert ein faszinierendes Fallbeispiel für die Koordination zwischen medialen Ereignissen, zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und politischen Folgen. Während die verfügbaren Berichte nicht explizit angeben, welche Organisationen hinter dieser Petition standen, weist die Geschwindigkeit und Effizienz der Mobilisierung auf eine präexistente Infrastruktur hin. In Deutschland gibt es etablierte Petition-Plattformen und Netzwerke von Frauenrechtsorganisationen, die schnell auf solche Themen reagieren können¹. Die Frage bleibt jedoch: War diese Mobilisierung eine spontane Bürgerreaktion oder das Ergebnis von koordinierter Advocacy durch etablierte NGO-Netzwerke, die bereit waren, einen Fall zu nutzen, der ihre politische Agenda unterstützte?

Das Thema der sexualisierten Deepfakes und der digitalen Gewalt gegen Frauen ist zweifelsohne ein legitimes Anliegen, das politische Aufmerksamkeit verdient. Gleichzeitig zeigt die rasche Umwandlung eines Einzelfalls in eine breit mobilisierte Kampagne für Gesetzesänderungen ein Muster, das in modernen demokratischen Gesellschaften wiederkehrend ist: Der Übergang von individueller Ungerechtigkeit zu systematischer politischer Mobilisierung erfolgt oft durch koordinierte Medienberichterstattung und NGO-Aktivität. Dies ist nicht per se illegitim, wirft aber Fragen darauf auf, welche Fälle mobilisiert werden und welche nicht, sowie wer diese Entscheidungen trifft.

Die Correctiv-Untersuchung der Potsdam-Konferenz: Recherche, Dramatisierung und gerichtliche Überprüfung

Die Correctiv-Untersuchung, die am 10. Januar 2024 veröffentlicht wurde und ein angebliches "Geheimplan gegen Deutschland" betraf, repräsentiert möglicherweise das komplexeste Beispiel für die Verknüpfung von Medienberichterstattung, Emotionalisierung und politischem Aktivismus in der jüngeren deutschen Geschichte^{8 27}. Die Untersuchung, mit dem Titel "Geheimplan gegen Deutschland", berichtete über ein Treffen, das am 25. November 2023 auf dem Landhaus Adlon am Lehnitz-See stattgefunden hatte^{8 12}. An diesem Treffen nahmen verschiedene Vertreter von rechtsextremen Gruppen teil, einschließlich Mitgliedern der Alternative für Deutschland (AfD), sowie österreichischer Aktivist Martin Sellner von der Identitären Bewegung^{8 12}.

Nach Correctivs Darstellung präsentierte Sellner einen Plan für die sogenannte "Remigration" von Teilen der deutschen Bevölkerung, einschließlich Asylsuchender, Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis und "nicht assimilierter" deutscher Bürger^{8 12}. Die zentrale journalistische Behauptung von Correctiv war, dass sogar die Abschiebung von deutschen Bürgern aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer unzureichenden "Assimilation" diskutiert worden sei¹². Dies war eine überaus starke Behauptung, die unmittelbare und intensive Assoziationen mit Nazi-Politik evozieren sollte.

Die Dramatisierung und öffentliche Reaktion

Die Reaktion auf die Correctiv-Berichterstattung war außerordentlich. Zwischen dem 19. und 21. Januar 2024 beteiligten sich nach Angaben der Organisatoren Campact und Fridays for Future etwa 1,4 Millionen Menschen an Protesten gegen "Rechtsextremismus"^{20 27}. In vielen deutschen Städten gingen Hunderttausende auf die Straße²⁰. In Hamburg wurden zunächst 50.000 bis 80.000

Protestierende geschätzt, aber nach Neuberechnungen durch die Behörden wurden diese Zahlen im Februar 2024 auf 180.000 Teilnehmer korrigiert^{20 27}. Auf dem Marienplatz in München kamen nach Polizeischätzungen 100.000 Menschen zusammen, viermal so viele wie registriert²⁰.

Diese Proteste wurden von einer breit organisierten Koalition von NGOs orchestriert. Die Protestorganisation am 3. Februar in Berlin war laut Berichten von einer Koalition organisiert worden, die etwa 1.700 Organisationen aus der Zivilgesellschaft, Sport und Kultur sowie Gewerkschaften umfasste^{20 27}. Dies deutet auf eine bemerkenswerte Koordination hin, die weit über spontane Bürgerbeteiligung hinausging. Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass mehrere dieser NGOs bereits vorher gegründet worden waren und bei ideologischen Positionen, die mit den Inhalten der Correctiv-Berichterstattung kompatibel waren²⁷, koordiniert hatten.

Die juristischen Herausforderungen und Fragen zur Genauigkeit

Was jedoch besonders interessant ist, sind die nachfolgenden gerichtlichen Überprüfungen der Correctiv-Berichterstattung. Ulrich Vosgerau, ein Teilnehmer des Treffens, und Gernot Mörig, ein Organizer, erhoben Klage gegen Correctiv und behaupteten, dass die Berichterstattung das Treffen mischarakterisiert habe²⁵. Das Hamburger Gericht lehnte die Anträge auf einstweilige Verfügung zwar ab, aber die Begründung ist aufschlussreich. Der Richter Kristina Feustel stellte fest, dass die Leser des Correctiv-Artikels zwischen tatsächlicher Berichterstattung und redaktioneller Interpretation unterscheiden konnten und daher das Artikel nicht als faktische Behauptung verstanden wurde, dass "Expulsionen" oder "Abschiebungen" von deutschen Bürgern wörtlich diskutiert worden waren²⁵.

Dies ist eine kritische Unterscheidung: Das Gericht akzeptierte implizit, dass Correctivs Berichterstattung zwischen strenger faktischer Berichterstattung und redaktioneller Interpretation/Kommentierung verschwommen war, entschied aber, dass dies unter journalistischer Freiheit fiel²⁵. Allerdings zeigt eine andere Perspektive, wie Ulrich Vosgerau beschrieb, dass Correctiv bewusst "genaue aber banalale Aussagen mit ausufernden 'Spekulationskaskaden'" verknüpft habe, um einen Eindruck von Fakten zu erzeugen, der nicht gerechtfertigt sei¹⁶. Nach Vosgeraus Darstellung gewannen die von ihm und anderen Klägern erhobenen Klagen mehrere Fälle gegen deutsche Medienunternehmen, einschließlich gegen die Tagesschau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks¹⁶.

Martin Sellners tatsächliche Vorschläge und deren Mischarakterisierung

Ein wichtiger Punkt der Debatte betrifft die tatsächliche Genauigkeit von Correctivs Darstellung dessen, was Sellner vorschlug. Nach mehreren Berichten war Sellners Plan ausdrücklich auf die "Remigration" von Asylsuchenden, Migranten und "nicht assimilierten Deutschen" begrenzt, aber nicht auf die erzwungene Abschiebung aller Deutschen mit Migrationshintergrund^{8 12 16}. Dies ist eine wichtige Differenzierung, da sie zeigt, dass Correctivs Charakterisierung des Plans als "Geheimplan gegen Deutschland" zur Abschiebung von "Millionen" von Menschen eine Extrapolation von Sellners ausdrücklichen Aussagen war¹⁶.

Correctiv selbst musste in mehreren Gerichtsverfahren zugeben, dass die deportation von deutschen Bürgern als solchen nicht explizit diskutiert worden war und dass Martin Sellner die "Remigration"

auf die Entfernung von Asylsuchenden und anderen Ausländern beschränkt hatte, nicht auf deutsche Staatsbürger^{8 16}. Dies stellt eine bedeutsame Kluft zwischen der emotionalen Implikation der Correctiv-Berichterstattung (massenhaft "Remigration" einschließlich deutscher Bürger) und der faktischen Grundlage (Diskussion über Asylsuchende und Migranten) dar.

NGO-Koordination bei der Protestorganisation

Die bemerkenswerte Koordination von etwa 1,4 Millionen Protestierenden zwischen Januar und April 2024 deutet auf ein weit verbreitetes Netzwerk von NGOs hin, das in der Lage war, schnell zu mobilisieren. Während die meisten dieser Organisationen legitime zivile Anliegen vertreten, zeigt das Ausmaß und die Koordination ein Niveau von Organisationskapazität, das nicht einfach spontaner Bürgerbeteiligung entspricht^{20 27}. Die verfügbaren Informationen über deutsche NGO-Finanzierung zeigen, dass der deutsche Staat erhebliche Mittel für politische Advocacy-NGOs bereitstellt^{6 19}. Die Frage stellt sich daher: In welchem Maße waren diese Proteste Ausdruck spontaner Bürgerbeteiligung, und in welchem Maße waren sie das Ergebnis von strategischer NGO-Mobilisierung, die von staatlichen Mitteln finanziert wurde?

Die Chemnitz-Proteste von 2018: Misinformation, Bestätigung und die Frage der "Hetzjagden"

Der dritte paradigmatische Fall, die Proteste in Chemnitz im August 2018, zeigt ein noch komplexeres Muster von Misinformation, redaktioneller Bestätigung von fragwürdigen Narrativen, und nachfolgender gerichtlicher und behördlicher Überprüfung. In den frühen Morgenstunden des 26. August 2018, nach einem Festival zur Feier der Stadtgeschichte, brach in Chemnitz ein Kampf aus, bei dem ein Mann getötet wurde und zwei weitere schwer verletzt wurden^{4 4 4}. Zwei kurdische Immigranten, einer aus dem Irak und einer aus Syrien, wurden als Verdächtige benannt^{4 4 4}. Die Staatsanwaltschaft war der Ansicht, dass die beiden Männer die Opfer mehrmals mit einem Messer ernsthaft verletzt und getötet hatten, "ohne gerechtfertigten Grund"⁴.

Die Verbreitung von Misinformation und redaktionelle Reaktionen

Was sich danach ereignete, war ein klassisches Beispiel für die Verbreitung und Verstärkung von Misinformation durch Medien und Online-Plattformen. Nach der Messerattacke begannen sich mehrere Gerüchte zu verbreiten^{4 4 4}. Ein wichtiges Gerücht war die Behauptung, dass 60 Frauen von Migranten in diesem Jahr in Chemnitz vergewaltigt worden seien³. Diese Zahl war enorm und zur Mobilisierung gegen Migranten konstruiert. Nach Angaben der Chemnitz-Polizei gegenüber dem deutschen Rundfunk ARD gab es jedoch nur 14 dokumentierte Vergewaltigungsfälle in der Stadt für das ganze Jahr, und nur drei der Verdächtigen waren Migranten³. Die falsche Zahl (60 statt 14, mit der starken Implikation, dass Migranten verantwortlich waren) wurde jedoch viral und wurde von AfD-Politikern wie Maximilian Krah, Vizevorsitzender der Saxonischen AfD, verbreitet³.

Die Polizei antwortete auf Twitter, um die falschen Zahlen zu widerlegen³, was zeigt, dass zumindest einige öffentliche Institutionen versuchten, der Misinformation entgegenzuwirken. Allerdings ist die Frage, ob diese Gegennarrative effektiv waren, angesichts der Tatsache, dass die falschen Zahlen bereits viral gegangen waren und von etablierten Politikern verstärkt worden

waren. Die Dynamik der Desinformation in sozialen Medien zeigt, dass korrigierende Informationen oft weniger Reichweite erhalten als die ursprüngliche falsche Information⁴.

Die "Hetzjagden" und die Frage der Video-Authentizität

Ein Kernbestandteil der medialen Erzählung der Chemnitz-Ereignisse war die Behauptung, dass Rechtsextreme "Hetzjagden" auf Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund veranstaltet hätten^{9 11 14}. Videos, die angeblich zeigten, wie weiße Deutsche Menschen mit erkennbaren Minderheiten jagten, wurden viral und dienten als zentrale Bilder für die Medienberichterstattung^{11 14}. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach öffentlich von "Hetzjagden"^{9 14}, ebenso wie ihr Regierungssprecher Steffen Seibert⁴.

Jedoch entstanden bald Fragen über die Authentizität dieser Videos. Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), äußerte Skeptizismus bezüglich der Medienberichte über "Hetzjagden" in Chemnitz^{11 14}. Maaßen erklärte, dass das BfV "keine verlässlichen Informationen" über solche "Hetzjagden" habe und stellte die Authentizität des Videos in Frage, das von Antifa (einer linksorientierten Gruppe mit eigener Motivation) verbreitet worden war^{11 14}. Er suggerierte, dass das Video möglicherweise "bewusste Desinformation" sein könnte, die "vom Mord in Chemnitz ablenken" könnte¹⁴.

Dies führte zu einer bedeutsamen redaktionellen und politischen Kontroverse. Der Chefstaatsanwalt in Dresden, Wolfgang Klein, teilte jedoch mit, dass seine Behörde das Video für authentisch halte und es als Beweise in ihrer Ermittlung einzusetzen plane⁹. Nach sorgfältiger Analyse durch Experten wurde die Authentizität des Videos später von Experten bestätigt⁹.

Die Widersprüche zwischen lokalen und Bundes-Behörden

Interessanterweise gab es auch erhebliche Widersprüche zwischen verschiedenen Behördenebenen. Der Ministerpräsident Sachsens, Michael Kretschmer (CDU), kritisierte die Medienberichterstattung über die "Hetzjagden" und erklärte, dass es "nicht stattgefunden habe"^{4 4}. Dies stand in direktem Widerspruch zu den Aussagen der Bundeskanzlerin Merkel und ihres Regierungssprechers Seiberts auf Bundesebene⁴. Diese Widersprüche zeigen das Potenzial für politische Instrumentalisierung auf beiden Seiten: Bundesbeamte, die möglicherweise an einem Narrativ interessiert waren, das die AfD belastete, versus Landesbeamte in Sachsen (wo die AfD stärker war), die möglicherweise an einem weniger belastenden Narrativ interessiert waren.

Der Fall zeigte auch Manipulationen von linker Seite. Protestierende verwendeten Fotos von Mord-Opfern auf ihren Bannern, einschließlich des Fotos der ermordeten Studentin Sophia Lösche, um ein Narrativ politisch auszubehaupten, das keinen Zusammenhang mit ihrer Tötung hatte⁴. Dies führte dazu, dass die Familie Lösche legal gegen diejenigen vorgehen musste, die ihr Foto missbrauchten.

NGO- und Aktivisten-Beteiligung bei Gegendemonstrationen

Gegenproteste gegen die rechtsextremen Demonstrationen wurden ebenfalls schnell organisiert, mit etwa 1.000 Menschen, die gegen Nazismus protestierten⁴. Es ist nicht vollständig dokumentiert, wer diese Gegendemonstrationen organisierte, aber es ist wahrscheinlich, dass Anti-Rechts-NGOs und Aktivistennetzwerke eine Rolle spielten. Die Tatsache, dass Gegendemonstrationen so schnell

mobilisiert werden konnten, deutet auf eine präexistente Infrastruktur hin, ähnlich wie bei den Potsdam-Protesten 2024.

NGO-Beteiligung und staatliche Finanzierung in der Mediengesteuertheit

Eine zentrale analytische Frage, die sich durch alle drei Fälle zieht, ist die Rolle von Nichtregierungsorganisationen und deren Finanzierung durch staatliche Stellen. Die verfügbaren Informationen zeigen, dass die deutsche Bundesregierung erhebliche Mittel für Advocacy-NGOs bereitstellt^{6 19}. Correctiv selbst wird teilweise durch Spenden und Stiftungsmittel finanziert, aber auch durch ein Modell, das Donor-Unterstützung einschließt¹⁹.

Strukturen der NGO-Finanzierung und deren Implikationen

Das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt finanzieren eine Vielzahl von Advocacy-NGOs⁶. Dies ist nicht per se problematisch, da NGOs legitime Rollen in demokratischen Gesellschaften spielen. Jedoch schaffen Strukturen, in denen NGOs für politische Advocacy von staatlichen Stellen finanziert werden, ein inhärentes Interessenskonfliktszenario⁶. Wenn der Staat Organisationen finanziert, die gegen bestimmte politische Parteien mobilisieren oder für bestimmte politische Ziele werben, besteht das Risiko, dass die Unabhängigkeit dieser Organisationen beeinträchtigt wird.

Im Falle der Potsdam-Proteste ist dokumentiert, dass eine große Koalition von NGOs an der Organisation beteiligt war, die von 1.700 verschiedenen Organisationen aus Zivilgesellschaft, Sport, Kultur und Gewerkschaften bestand^{20 27}. Die Frage stellt sich, ob diese massive Koordination rein organisch entstand oder ob es zentralisierte Koordinationspunkte gab, insbesondere durch bereits etablierte, staatlich finanzierte Advocacy-Netzwerke.

Die Rolle von Petition-Plattformen und Digital-Organising

In allen drei Fällen spielten digitale Petition-Plattformen eine Rolle bei der Mobilisierung. Im Fall Fernandes-Ulmen sammelte eine Petition 280.000 Unterschriften¹. Bei den Potsdam-Protesten waren Plattformen wie "Fridays for Future" zentral an der Organisation beteiligt^{20 27}. Diese digitalen Infrastrukturen, während oft als "Graswurzelbewegungen" dargestellt, repräsentieren in Wirklichkeit hochentwickelte Organising-Kapazitäten, die von Großorganisationen und Netzwerken entwickelt und betrieben werden¹⁹.

Die Tatsache, dass in allen drei Fällen massive Mobilisierungen innerhalb von Tagen oder wenigen Wochen stattfinden konnten, deutet darauf hin, dass die zugrunde liegende Infrastruktur bereits vorhanden war und nur aktiviert werden musste. Dies unterscheidet sich von echten organischen Graswurzelbewegungen, die Zeit brauchen, um zu wachsen. Die Fähigkeit, Hunderttausende oder Millionen von Menschen in koordinierter Weise zu mobilisieren, setzt hochentwickelte Organisationsstrukturen voraus.

Emotionalisierung als Strategie und die Rolle der Medienberichterstattung

In allen drei Fällen war die Medienberichterstattung kennzeichnend durch eine hohe Emotionalisierung geprägt. Dies ist nicht überraschend, da Medienorganisationen unter Aufmerksamkeitsdruck arbeiten und emotionale Inhalte mehr Aufmerksamkeit generieren. Allerdings gibt es wichtige Unterscheidungen zwischen legitimen journalistischen Praktiken und manipulativen oder irreführenden Praktiken zu treffen.

Der Fall Fernandes-Ulmen: Berechtigte Empörung oder instrumentalisierte Mobilisierung?

Im Fall Fernandes-Ulmen war die emotionale Antwort auf einen angeblichen Fall digitaler Gewalt gegen eine Frau verständlich und berechtigt. Das Thema der sexualisierten Deepfakes ist ein echtes Problem, das rechtliche und politische Aufmerksamkeit verdient. Jedoch ist das Timing der Mobilisierung und die Geschwindigkeit der Regierungsreaktion interessant. Die Tatsache, dass innerhalb von Tagen nach Der Spiegel-Berichterstattung eine Petition 280.000 Unterschriften sammeln konnte und die Regierung versprach, neue Gesetze zu erlassen, deutet darauf hin, dass die Mobilisierung auf bereits bestehende Organisationsstrukturen und politische Bereitschaft hinwies.

Dies bedeutet nicht, dass die Mobilisierung nicht berechtigt war. Es bedeutet vielmehr, dass mehrere Akteure (Medien, NGOs, Regierung) schnell ein Thema ergriffen haben, das mehrere politische Ziele diente: die Verbesserung des Datenschutzes und der Rechte für Frauen (ein legitimes Ziel), aber auch möglicherweise die Stärkung der staatlichen regulatorischen Autorität über Technologie und Online-Inhalte (ein Ziel, das verschiedene Interessensgruppen haben könnten).

Der Potsdam-Fall: Die Rolle emotionaler Vergleiche zur Nazi-Geschichte

Im Fall der Potsdam-Konferenz war die Emotionalisierung noch ausgeprägter und direkter. Die Berichterstattung von Correctiv, indem sie den Plan von Martin Sellner als "Geheimplan gegen Deutschland" darstellte und ihn implizit mit Nazi-Deportationsplänen verglich, nutzte tiefe emotionale Resonanzen in der deutschen Gesellschaft aus^{8 12 20 27}. Vergleiche zur "Madagaskar-Plan" (ein Nazi-Plan zur Deportation von vier Millionen Juden) und zur Wannsee-Konferenz (wo die Endlösung besprochen wurde) waren nicht zufällig gewählt, sondern gezielt einsetzt, um emotionale Reaktionen auszulösen²⁰.

Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass Correctiv selbst später in Gerichtsverfahren zugeben musste, dass die direkten Aussagen über die Deportation von deutschen Bürgern nicht faktisch korrekt waren^{16 25}. Dies deutet darauf hin, dass die emotionalen Implikationen der Berichterstattung die tatsächlichen Fakten überwogen haben. Das Gericht akzeptierte dies zwar als journalistische Freiheit²⁵, aber die Kluft zwischen faktischer Genauigkeit und emotionaler Implikation ist bedeutsam.

Chemnitz: Misinformation als Emotionales Brennstoff

Im Fall Chemnitz war die Emotionalisierung oft durch Misinformation vorangetrieben worden. Die false Behauptung von 60 Vergewaltigungen statt 14 wurden von Politikern und Medien verwendet,

um Angst und Ressentiment gegen Migranten zu schüren³. Gleichzeitig wurde die Frage der "Hetzjagden" sowohl von linken als auch rechten Akteuren emotionalisiert, mit unterschiedlichen Charakterisierungen der Authentizität und Bedeutung der Videos^{9 11 14}.

In Chemnitz zeigten sich Manipulationen auf mehreren Seiten: Rechtsextreme benutzten eine tragische Messerattacke, um gegen Migranten zu mobilisieren; Linke verwendeten Fotos von Mord-Opfern, um gegen Rechtsextremismus zu mobilisieren; und Bundesbeamte und Landesbeamte divergierten in ihren öffentlichen Aussagen über die Ereignisse⁴.

Vergleichende Analyse: Muster und Unterschiede

Die Analyse dieser drei Fälle offenbart sowohl gemeinsame Muster als auch wichtige Unterschiede in der Art, wie Emotionalisierung, Misinformation und politische Ziele verflochten wurden.

Gemeinsame Muster der Mediengesteuertheit

In allen drei Fällen gab es ein Muster, bei dem ein Ausgangsereignis (eine Messerattacke in Chemnitz, ein Treffen in Potsdam, ein Deepfake-Fall in Berlin) schnell zu massiven Medienberichten und sozialen Medien-Viralisierung führte. Danach folgte eine schnelle Mobilisierung durch NGO-Netzwerke und Petition-Plattformen^{1 3 20}. Diese Mobilisierung wurde dann von staatlichen Akteuren durch politische Statements, Gesetzesentwürfe oder polizeiliche Maßnahmen ernst genommen^{1 4 27}. Das Endergebnis war in jedem Fall eine massive Veränderung der öffentlichen Aufmerksamkeit und politischen Prioritäten, basierend auf Ereignissen, deren faktische Grundlagen teilweise umstritten waren.

In allen drei Fällen spielten auch emotionale Narrative eine zentrale Rolle: digitale Gewalt gegen Frauen im Fall Fernandes-Ulmen; Nazi-ähnliche Deportationspläne im Fall Potsdam; und xenophobische Gewalt im Fall Chemnitz. Diese emotionalen Narrative waren nicht falsch - es gibt legitime Bedenken zu all diesen Themen - aber die spezifischen Fakten, auf denen sie basiert wurden, waren teilweise fraglich oder umstritten^{1 9 16 25}.

Unterschiede in den Richtungen und profitierenden Akteuren

Es ist jedoch auch wichtig zu beachten, dass die drei Fälle in politisch verschiedenen Richtungen funktionierten. Der Fall Fernandes-Ulmen und der Potsdam-Fall bewegten Ressourcen und Aufmerksamkeit gegen die politische Rechte (gegen den mutmaßlichen Täter Ulmen in einem Fall, gegen die AfD und Rechtsextremisten im anderen)^{1 27}. Der Fall Chemnitz war komplexer, da er sowohl von Rechtsextremen als auch von linken Akteuren instrumentalisiert wurde, aber das Endergebnis war auch, dass Aufmerksamkeit auf Migranten und Sicherheitsfragen gelenkt wurde, was der rechten Agenda diente^{3 4}.

Dies deutet darauf hin, dass die Mediengesteuertheit und die NGO-Mobilisierung nicht als einseitig pro-links oder pro-rechts verstanden werden sollten. Vielmehr gibt es auf beiden Seiten des politischen Spektrums Muster von Emotionalisierung, selektiver Faktenberichterstattung und strategischen Mobilisierungen. Was sich unterscheidet, sind die spezifischen Narrative und die Ziele, die verfolgt werden.

Fazit und Schlussfolgerungen

Die detaillierte Analyse der drei Fälle - Fernandes-Ulmen, Potsdam und Chemnitz - offenbart ein komplexes Muster von Medienberichterstattung, emotionaler Mobilisierung und NGO-Aktivismus, das mit strategischen politischen Zielen verwoben ist. Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass in jedem dieser Fälle mehrere Faktoren zusammenkamen, um ein Ergebnis zu erzeugen, das größer war als das Ausgangsereignis allein hätte sein können: hochentwickelte Medienorganisationen mit Aufmerksamkeitsmotiven; etablierte NGO-Netzwerke mit Mobilisierungskapazität; digitale Plattformen, die Viralisierung ermöglichten; und staatliche Akteure, die politische Opportunitäten erkannten und darauf reagierten.

Faktische Genauigkeit versus emotionale Implikation

Ein zentrales Ergebnis dieser Analyse ist die Kluft, die in mehreren dieser Fälle zwischen faktischer Genauigkeit und emotionaler Implikation bestand. Im Fall der Potsdam-Konferenz war Correctiv's Berichterstattung faktisch ungenauer, als die emotionalen Implikationen legten nahe, wie spätere Gerichtsfälle zeigten^{16 25}. Im Fall Chemnitz gab es Versuche, Videos zu authentifizieren und zu verwenden, deren Authentizität umstritten war^{9 11 14}. Im Fall Fernandes-Ulmen waren die Vorwürfe gegen Ulmen noch nicht endgültig bewiesen, aber die Mobilisierung ging trotzdem weiter¹.

Dies bedeutet nicht, dass alles falsch war. In jedem Fall gab es echte Probleme: tatsächlich wurden Deepfakes von Fernandes erstellt; es gab tatsächlich ein Treffen in Potsdam mit rechtsextremen Aktivisten; es gab tatsächlich rechtsextreme Proteste in Chemnitz. Aber die Frage ist, wie diese Fakten dargestellt wurden, welche selektiven Charakterisierungen stattfanden, und wie schnell Mobilisierungen aufgebaut wurden, bevor alle relevanten Fakten geklärt waren.

Die Rolle von NGOs und staatlicher Finanzierung

Die Untersuchung offenbart auch eine signifikante Rolle von NGOs in der Mobilisierung rund um diese Fälle. Die Tatsache, dass Millionen von Menschen in koordinierter Weise mobilisiert werden konnten, deutet darauf hin, dass etablierte Organisationsstrukturen vorhanden waren^{20 27}. Die verfügbaren Informationen über die staatliche Finanzierung von Advocacy-NGOs^{6 19} deuten darauf hin, dass es strukturelle Verbindungen zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geben könnte, die eine koordinierte Aktivität ermöglichten.

Dies ist kein Beweis einer "Verschwörung", sondern ein Verständnis der strukturellen Realitäten moderner Politiken. NGOs, die von staatlichen Mitteln abhängig sind, mögen weniger kritisch gegenüber staatlichen Handlungen sein; Medienorganisationen unter Aufmerksamkeitsdruck favorisieren emotionale und polarisierende Geschichten; und digitale Plattformen amplifizieren virale Inhalte. Diese Faktoren zusammengenommen können zu Mustern führen, bei denen bestimmte Narrative bevorzugt werden und andere marginalisiert werden, ohne dass es einer bewussten "Steuerung" bedarf.

Empfehlungen für kritische Bürgerbewusstsein

Die wichtigste Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist, dass Bürgerinnen und Bürger kritischer gegenüber Medienberichterstattung, emotionalen Narrativen und schnellen Mobilisierungen sein

sollten. Dies ist nicht, um alle Journalismus, NGO-Aktivismus oder Bürgerbeteiligung zu verdächtigen - diese sind essentiell für demokratische Gesellschaften. Aber es ist wichtig, mehrere kritische Fragen zu stellen: Wer profitiert von diesem Narrativ? Welche faktischen Grundlagen unterstützen diese Behauptungen? Wie schnell wurde diese Mobilisierung organisiert, und welche bestehenden Infrastrukturen ermöglichten dies? Welche alternativen Perspektiven oder Fakten werden marginalisiert?

Die drei untersuchten Fälle zeigen, dass Emotionalisierung und Mediengesteuertheit nicht unbedingt böswillig sind, aber sie sind auch nicht neutral. Sie dienen bestimmten Interessen, ob diese Interessen von Medienorganisationen verfolgt werden, die versuchen, Aufmerksamkeit zu maximieren; von NGOs, die ihre politische Agenda vorantreiben; oder von staatlichen Akteuren, die politische Opportunitäten ausnutzen. Ein aufgeklärtes und skeptisches Bürgerbewusstsein ist daher der beste Schutz gegen eine Übermacht dieser Mechanismen.